

Mindestlöhne!?

Aber das kann man doch nicht hinnehmen! Von Menschen zu verlangen, dass sie für brutto 4,5 Euro je Stunde, bei Vollzeitarbeit also im ganzen Monat für netto 530 Euro arbeiten, ist unzumutbar. Das ist nicht einmal das Existenzminimum! Die Forderung nach einem Mindestlohn von 7,5 Euro klingt daher sehr einleuchtend. Jedoch geht sie an der Wirklichkeit völlig vorbei. Der Wahrheit halber sollte man wissen:

1. Der Arbeitgeber zahlt bei 4,5 Euro brutto tatsächlich 5,4 Euro je bezahlter Stunde, unter Einrechnung von Urlaubs-, Krankheits- und Feiertage sogar bis 6,5 Euro.
2. Wem wirklich zum Leben netto nur 620 Euro bleiben, erhält Arbeitslosengeld II, so dass ihm mit Transfers in Wahrheit 810 Euro zur Verfügung stehen. Das Existenzminimum hat er also immer.

Unzumutbar ist es dennoch in zweierlei Hinsicht:

1. Ohne Arbeit hätte er mit Kosten der Unterkunft in größeren Städten schon 700 Euro. Mit Arbeit bekommt er nur 130 Euro mehr. Wir erwarten von ihm also, für einen Einkommensgewinn von 87 Cent je Stunde zu arbeiten. Kein Wunder, dass die Motivation gering ist!
2. Er arbeitet hart und muss sich dennoch der entwürdigenden Prozedur der Bedürftigkeitsprüfung unterziehen, um aufstockendes ALG II zu erhalten. Und sollte er ein zu teures Auto oder noch Vermögen auf der Bank haben, wird man ihm das erst einmal anrechnen.

Unzumutbar sind nicht die Bruttolöhne, sondern der Nettoeinkommensgewinn.

Was folgt, wenn man als Abhilfe Mindestbruttolöhne von 7,5 Euro durchsetzt? Hier die Vergleichsrechnung:

Alternative Einkommen eines allein stehenden Hartz-IV-Empfängers bei 40-Std.-Woche

Bruttostundenlohn:	4,5 €/Std.	7,5 €/Std.	Differenz
Arbeitskosten je <u>bezahlter</u> Stunde:	5,4 €/Std.	9,0 €/Std.	+ 3,6 €/Std.
Arbeitskosten je <u>geleisteter</u> Stunde:	6,3 €/Std.	10,5 €/Std.	+ 4,2 €/Std.
Arbeitskosten = Primärlohn:	920 €/Monat	1.530 €/Monat	+ 610 €/Monat
AG-Beiträge zu Sozialversicherungen:	150 €/Monat	250 €/Monat	+ 100 €/Monat
Bruttolohn auf der Steuerkarte:	770 €/Monat	1.280 €/Monat	+ 510 €/Monat
AN-Beiträge zu Sozialversicherungen:	150 €/Monat	260 €/Monat	+ 110 €/Monat
Steuern:	0 €/Monat	90 €/Monat	+ 90 €/Monat
Nettolohn auf der Steuerkarte:	620 €/Monat	930 €/Monat	+ 310 €/Monat
Aufstockendes Arbeitslosengeld II:	230 €/Monat	0 €/Monat	- 230 €/Monat
Verfügbares Einkommen:	850 €/Monat	930 €/Monat	+ 80 €/Monat
Ergibt umgerechnet auf die Arbeitsstunde:	5,00 €/Std.	5,47 €/Std.	+ 47 Cent/Std. =====

Der Arbeitgeber zahlt mit Sozialbeiträgen, Krankheits- Feiertage- und Urlaubstagen zwar je geleisteter Stunde 4,2 Euro mehr; beim Arbeitnehmer kommen davon aber nur 47 Cent an, 80 Euro im Monat.

Ein allein arbeitender Vater von zwei kleinen Kindern hätte bei 7,5 Euro Stundenlohn mit Kindergeld netto 1.310 Euro und damit immer noch nicht einmal das Sozialhilfeniveau erreicht.

Selbst wenn seine Frau halbtags mitarbeiten würde, müssten sie damit immer noch aufstockendes Hartz IV beantragen.

Ein „fairer Lohn für faire Arbeit“ wird trotz dieses Etikettes für Familien auch nicht erzielt.

Die Kosten der Arbeit hingegen werden um 67 % erhöht und zum Ausgleich zwangsläufig Arbeitsplätze eingespart:

Die Zahl der Arbeitslosen steigt.

Dennoch hat die Forderung nach Mindestlöhnen unter Hartz IV durchaus ihre eigene Logik: Nutznießer des Systems sind die so geschmähten Billiglohnfirmen. Wenn man unterstellt, dass 7,5 Euro der angemessene Lohn wäre, wird nun die Differenz von den öffentlichen Händen gezahlt:

Aufstockendes Arbeitslosengeld zusätzlich:	230 Euro	monatlich
Geringere Steuereinnahmen:	90 Euro	monatlich
<u>Verlorene Sozialversicherungsbeiträge (AG+AN):</u>	<u>210 Euro</u>	<u>monatlich</u>

Summe öffentliche Bezuschussung der Arbeitsplätze: 530 Euro monatlich

Damit ist klar, warum die Forderung nach Mindestlöhnen erhoben wird:

1. Es geht um Schonung öffentlicher Kassen, nicht um Lebensunterhalt der Arbeitnehmer.
2. Es geht um die Vermeidung der menschenunwürdigen Prozedur der Prüfung der Hilfebedürftigkeit und Beseitigung der Stigmatisierung. Es geht um die Ehre.

Außerdem geht es natürlich darum zu verschleiern, dass man beide Probleme selbst geschaffen hat, indem

1. die Entstehung einer funktionierenden Marktwirtschaft im unteren Lohnbereich verhindert wurde und
2. Arbeitslosengeld II nicht bedingungslos, sondern nur an „Hilfebedürftige“ gezahlt wird.

Was ist die Wirkung, wenn wir versuchen, die so entstandenen Probleme durch gesetzliche Mindestlöhne zu beheben?

Sofern sich das nur auf wenige ausgewählte Berufe bezieht, wirken sie ähnlich Flächentarifverträgen. Deren Wirkung ist in allen Arbeitsmarktdarstellungen, am besten aber in Abbildung 46 abzulesen:

Viele gering bezahlte Arbeitsplätze werden durch eine geringere Zahl besser bezahlter Arbeitsplätze ersetzt. Per Saldo wächst Langzeitarbeitslosigkeit.

So haben z.B. die hohen Löhne der Post zur Schließung vieler Filialen und Briefkästen geführt. Zehntausende von Postmitarbeitern wurden in die Arbeitslosigkeit geschickt. Tarifverträge berücksichtigen jedoch in aller Regel, dass wegen der Preisdifferenzen Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern billiger sein darf als in Baden-Württemberg. Das entfällt bei Mindestlöhnen. Weitere Ausdünnung der Postdienstleistungen und das Ende einiger Konkurrenzunternehmen waren die Folge.

Bei branchenspezifischen Mindestlöhnen ist immerhin noch die Orientierung an ausgehandelten Tarifverträgen gegeben. Bei einem generellen Mindestlohn sind auch Arbeiten betroffen, deren sinnvolle Löhne weit darunter liegen, von der Haushaltshilfe bis zum Babysitter.

Der Hinweis, die meisten Industriestaaten hätten Mindestlöhne, geht ins Leere; sie alle haben auch einen hohen Anteil an Langzeitarbeitslosen. Unser Nachbarland Frankreich mit seinen brennenden Vorstädten zeigt, dass dies nicht dauerhaft zu sozialem Frieden führt.

Wer wirklich faire Löhne will, muss die Nachfrage im unteren Lohnbereich erweitern. Dann steigen die Löhne für gute Leistungen automatisch.

Aber das ist nur möglich, wenn die Arbeitsanreize deutlich höher sind als bei Hartz IV.

Jeder Versuch, auskömmliche Einkommen für alle Arbeitnehmer durch Eingriffe in den Markt und damit zu Lasten der Arbeitgeber sicher zu stellen, führt zwangsläufig zu Arbeitslosigkeit.

Bietet der Markt keine auskömmlichen Einkommen, muss die Gemeinschaft den sozialen Ausgleich herstellen. Genau das ist der Vorschlag von „Arbeit für Alle“.

Weiter: [„Der Sozialstaat zerfällt“](#)